

**20**  
**75**

# Union in Deutschland

Bonn, den 15. Mai 1975

## Einstimmiges Votum für Helmut Kohl

Der Bundesvorstand der CDU hat in der Politischen Akademie Eichholz bei Bonn die Frage der Kanzlerkandidatur erörtert. Entsprechend einem Antrag des Generalsekretärs der CDU, Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf, beauftragt der Bundesvorstand des Präsidiums der CDU, der gemeinsamen Sitzung der Präsidien von CDU und CSU den Parteivorsitzenden der CDU, Dr. Helmut Kohl, als Kandidaten der Union für das Amt des Bundeskanzlers vorzuschlagen.

Dieser Beschluß wurde in geheimer Abstimmung, an der sich Helmut Kohl nicht beteiligte, einstimmig — ohne Enthaltung und ohne Gegenstimme — gefaßt. Der stellvertretende Vorsitzende Dr. Gerhard Stoltenberg hatte nach dem Bericht des Generalsekretärs erklärt, er gehe nach der Vorerörterung der letzten Tage davon aus, daß sich in der Diskussion der Partei eine klare Mehrheit für Helmut Kohl abzeichne.

Dr. Stoltenberg erläuterte die Gründe, die ihn zu der Erklärung veranlaßt hatten, er stehe zu einer Kandidatur zur Verfügung. Nachdem sich nun eine klare Mehrheitsentscheidung für Helmut Kohl andeute, sei es richtig, wenn sie von allen Vorstandsmitgliedern getragen werde.

### ■ BUNDESPARTEI

Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl besitzt nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Richard von Weizsäcker, alle Voraussetzungen für das Kanzleramt. Seite 4

### ■ PRESSEECHO

Helmut Kohl wird Kanzlerkandidat der Union. Dies ist der Tenor der Presse-Kommentare auf die Entscheidung des CDU-Bundesvorstands. Seite 5/6

### ■ WOHNUNGSBAU

Die SPD/FDP-Bundesregierung hat mit ihrer inflationären Politik die angespannte Lage auf dem Bau- und Wohnungsmarkt erheblich mitverschuldet. Seite 7/8

### ■ FORSCHUNG

Die SPD/FDP hat sich zwar in den Zielen zur Forschungspolitik der Union bekehrt, keineswegs aber in den Methoden, diese Ziele zu erreichen. Seite 11/12

### ■ REGIERUNG

Wie zweifelhaft das Vorgehen der Bundesregierung in der Frage möglicher Steuererhöhungen ist, weist eine Dokumentation der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach.

Dokumentation

## ■ INFORMATIONEN

### **CDU-Mitgliederzahl steigt unaufhörlich**

„Einen unvermindert starken Anstieg der Mitgliederzahl der CDU“ stellte CDU-Bundesgeschäftsführer Karl-Heinz Bilke heute in Bonn fest. Mit einem Zuwachs von 7 832 Personen im Monat April zählt die CDU nun 564 556 Mitglieder. Bilke wertet dies als Zeichen der „andauernden Aktivität der Union“ und ist zuversichtlich, daß die CDU „mit Riesenschritten auf die Zahl von 600 000 Mitgliedern zueilt“.

### **Frankreich, Belgien: Keine Feiern mehr zum 8. Mai**

Den Jahrestag des Sieges der Alliierten über Deutschland am 8. Mai 1945 hat Frankreich am Donnerstag zum 30. und zum letzten Male gefeiert. Zur Begründung erklärte Präsident Giscard d'Estaing in Schreiben an Bundeskanzler Schmidt und die Regierungschefs der sieben anderen Partner in den Europäischen Gemeinschaften, es sei an der Zeit, nach vorn zu blicken. Giscard schlug vor, an Stelle des Kriegsendes künftig einen Gründungstag der Europäischen Gemeinschaft zu feiern.

Belgien ist dem Beispiel Frankreichs gefolgt und hat sich entschlossen, den Jahrestag der deutschen Kapitulation von 1945 nicht mehr offiziell zu feiern.

Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl erklärte, die CDU unterstütze nachdrücklich die Anregung Giscard d'Estaings an die Regierungen der Europäischen Gemeinschaft, gemeinsam an einem Tag im Jahr der Gründung Europas zu gedenken.

### **DGB will Reformkurs verstärken**

Von zentraler Bedeutung beim DGB-Bundeskongreß (25. bis 31. Mai) in Hamburg ist der Antrag des DGB-Bundesvorstandes, die Bundesregierung aufzufordern, die bisher kaum greifbaren Steuerungsversuche gegenüber „einseitig profit-orientierten Unternehmensentscheidungen und vermachteten Märkten“ durch ein umfassendes Instrumentarium zu ersetzen. Damit soll die Verbindung von Struktur- und Ordnungspolitik verbessert werden und eine globale Konjunktursteuerung mit „Feinsteuerung der Wirtschaft“ erreicht werden.

### **Uran-Versorgung 40 Prozent billiger**

Zur sorgfältigen Prüfung eines Angebotes Südafrikas zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Uran-Anreicherung hat die Unionsfraktion die Bundesregierung aufgefordert. Forschungspolitischer Oppositionssprecher Lenzer verwies darauf, daß Südafrika angeblich über ein Verfahren zur Uran-Anreicherung verfügt, das um 40% billiger ist als alle bisher angewandten Methoden. Es wäre bedauerlich, meinte Lenzer, wenn ein Kooperationsangebot aus „sachfremden politischen Erwägungen“ ausgeschlagen würde. Eine breite Streuung der Uran-Lieferquellen könne die Versorgungssicherheit steigern.

### **Gegen Zweifel an USA**

Gegen Zweifel am atlantischen Bündnis hat sich der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, Gerhard Schröder (CDU), gewandt. Nach Rückkehr von einem viertägigen USA-Besuch, in dessen Verlauf er auch mit Außenminister Kissinger zusam-

mentraf, sagte Schröder, die Vermutung, die Amerikaner würden sich angesichts innen- und außenpolitischer Probleme in die Isolation begeben, sei absolut falsch. Ebenso unberechtigt seien Zweifel in die Bündnistreue der USA. Schröder plädierte dafür, daß sich die Deutschen in der jetzigen Situation als „verständnisvolle Freunde“ der Amerikaner erweisen sollten. Die USA gingen durch eine „bittere Periode“, die sie angesichts der großen Möglichkeiten des Landes aber meistern würden.

## Kiep: NATO-Ziele neu definieren

Eine Neudefinition der Bündnisziele der nordatlantischen Allianz hat der außenpolitische Sprecher der CDU, Walther Kiep, als wichtigste Aufgabe des NATO-Gipfels bezeichnet, der am 29. Mai in Brüssel stattfindet. Angesichts der veränderten Weltlage und des Rückzuges der USA aus Südostasien müsse das Bündnis seine Entschlossenheit bekräftigen, eine glaubwürdige Verteidigung in Europa aufrechtzuerhalten und das eigene Lager zu stärken. Dies sei auch eine der Voraussetzungen dafür, daß die Genfer Sicherheitskonferenz (KSZE) sich nicht zum Nachteil des Westens auswirke.

## DDR verbot Rettung

Wegen eines Verbots der DDR-Grenzposten konnten Westberliner Polizei- und Feuerwehrbeamte ein in die Spree gefallenes Kind nicht retten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte u. a. dazu, dieser Fall müsse für die Bundesregierung eine letzte — tödliche — Warnung davor sein, die halbe Flußbreite der Elbe zwischen Lauenburg und Schnackenburg an die DDR abzutreten, da dies die Möglichkeit zu entprechenden Verbrechen erst eröffnet.

## STICHWORTE

### Höhere Zinsen

*zahlen sollen nach Meinung des CDU-MdB Todenhöfer reiche Ölstaaten, die von der Bundesregierung billige Entwicklungshilf-Kredite bekommen haben.*

### Rainer Barzel

*wurde in Washington von Henry Kissinger empfangen. Barzel erklärte nach diesem Meinungsaustausch, an der Solidarität der USA mit Europa bestehe kein Zweifel.*

### Halbjährige Kündigungsfrist

*für Jugendliche, die ein Ausbildungs-verhältnis beenden und nicht gleich in die Arbeitslosigkeit entlassen werden sollten, fordert die Junge Union.*

### Dringende Warnung

*vor neuer Rentenreform. Bundesanstalt für Arbeit und Bundesversicherungsanstalt für Angestellte brauchen wegen der Arbeitslosigkeit zusätzlich Milliarden. Eine kostspielige dritte Rentenreform würde die gesamte Arbeitslosenunterstützung erheblich gefährden.*

### Als erste Westbanken

*dürfen in Ost-Berlin die französischen Banken Crédit Lyonnais und Société Générale sowie die italienische Banca Commerciale Italiana Filialen eröffnen.*

### „Zur Kasse bitten“

*werde eine siegreiche SPD die Wirtschaft und die Bürger, erklärte zum Auftakt des Kampfes für die Bremer Landtagswahl Ende September SPD-Spitzenkandidat Koschnick.*

### Der SPD beigetreten

*ist laut „Bild“ der Ex-Mann der Terroristin Meinhof, Klaus Rainer Röhl. Der Herausgeber der Sex-Polit-Postille „das da“ gehört dem Ortsverein Wedel (Schleswig-Holstein) an.*

## ■ BUNDESPARTEI

### Helmut Kohl erfüllt alle Voraussetzungen für das Kanzleramt

**Die Gründe, weshalb er in der Diskussion um die Kanzlerkandidatur zwischen CDU und CSU für den Vorsitzenden der CDU, Helmut Kohl, plädiert, nannte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Richard von Weizsäcker, in einem Interview mit dem Deutschlandfunk (12. Mai 1975), von dem UiD Auszüge veröffentlicht.**

**von Weizsäcker:** „Ich glaube, daß Helmut Kohl drei Eigenschaften haben wird, die sehr wichtig sind. Erstens, er würde als Kanzler die Richtlinien bestimmen, ohne alle Details selber festlegen zu wollen. Zweitens, er würde eine vorzügliche Mannschaft präsentieren. Das hat ihn immer ausgezeichnet. Und drittens ist er ein Politiker, der bei Freund und Feind auf Glaubwürdigkeit stößt.“

**Frage:** Bundeskanzler Schmidt meinte gestern, Strauß repräsentiere stärker als die anderen Kanzlerkandidaten der Union das eigentliche Entscheidungszentrum von CDU und CSU und sei das eigentliche Willenszentrum der Unionsparteien.

**von Weizsäcker:** Was Kanzler Schmidt hier gesagt hat, das trägt natürlich deutlich die Zeichen einer taktischen Äußerung, um der Union Schwierigkeiten zu machen. Strauß ist ein kraftvoller Politiker, wie wir alle wissen bei CDU und CSU und SPD und FDP. Und das ist ja auch gut so. Aber im Rahmen einer Unions-Regierung würde es keinen Zweifel darüber geben, daß Kohl und

niemand sonst die Richtlinien der Politik bestimmt.

**Frage:** . . . Kann es in den Bereichen der Mitbestimmung, der Vermögensbildung, der Deutschland- und Ostpolitik überhaupt noch einen Kompromiß geben zwischen CDU und CSU?

**von Weizsäcker:** Sie tun so, als ob da zwei feindliche Lager miteinander ins Gespräch zu bringen seien. In Wirklichkeit sind es Unionsparteien, die auf einer gemeinsamen Grundlage miteinander zu konkretisieren haben, wie diese Grundlagen in der konkreten Politik aussehen.

**Frage:** Täuscht dann eigentlich der Eindruck, daß führende CDU-Politiker der FDP mittlerweile programmatisch näher stehen als der bayerischen Schwesterpartei?

**von Weizsäcker:** Das ist bei der FDP schon deshalb schwer zu sagen, weil die FDP zwar in der letzten Zeit verhältnismäßig stark darin ist, zu sagen, mit wem sie koalieren will, aber nicht so deutlich in der Aussage darüber, welchen programmatischen Vorstellungen sie eigentlich folgt.

**Frage:** Dennoch, müßte die Union nicht dann langfristig ein anderes Verhältnis zur FDP anstreben. Die letzten Landtagswahlen haben doch gezeigt, wie schwer es ist, absolute Mehrheiten zu erringen?

**von Weizsäcker:** Es geht dabei weniger darum, sich einer Partei mehr oder weniger zu nähern, sondern es geht um den Wettbewerb über die liberalen Positionen und Wähler. Es geht also wiederum um programmatische Zielsetzungen. Wir sind natürlich wie bisher der Ansicht, daß wir in einer Reihe von wirtschafte- und gesellschaftspolitischen Fragen eine liberale und für liberale Wähler annehmbare Position beschreiben wollen und werden. Und wie sich die FDP demgegenüber einstellt, ist dann ihre Sache.

## ■ PRESSEECHO

# „Nur geschlossen hat die Union eine Chance für 1976“

**„Kohl ist der Kanzlerkandidat der CDU, und er wird — einmütig — Kanzlerkandidat der CDU/CSU werden.“ Diese Feststellung des Bonner „General-Anzeigers“ kennzeichnet den Tenor der folgenden Kommentare, mit denen die deutsche Presse auf die Entscheidung des Bundesvorstandes der CDU in Eichholz reagierte und von denen UId Auszüge veröffentlicht:**

Gerhard Stoltenberg hat im Bundesvorstand sachlich und fair die Konsequenzen daraus gezogen, daß Kohl als Parteivorsitzender von vornherein die besseren Startchancen hatte und ihm im Rennen um die Kanzlerkandidatur davongelaufen ist. Stoltenberg hat innerhalb der CDU für die Auswahl des Spitzenmannes eine personelle Alternative eröffnet; das ehrt ihn, auch wenn er sich geschlagen geben muß. (*Die Welt*)

■

Wenn Franz Josef Strauß nicht noch einen Bruch zwischen CSU und CDU riskieren will, kann er Helmut Kohl die gemeinsame Kanzlerkandidatur nicht mehr verwehren. Der Beschluß des CDU-Bundesvorstandes vom Montag ist eindeutig. Überraschend an dem Auftrag für das Präsidium der CDU, in der gemeinsamen Sitzung mit dem Präsidium der CSU Kohl als Kanzlerkandidaten vorzuschlagen, ist nur die Ein-

stimmigkeit, mit der er zustande kam. Gerhard Stoltenberg hatte sich bis zuletzt die eigene Anwartschaft offengehalten. Er kapitulierte angesichts der deutlichen Mehrheit für Kohl schon vor der geheimen Abstimmung und verhielt sich so, wie ihn Kenner eingeschätzt hatten: sibyllinisch, solange das Rennen offen war; loyal, sobald die Entscheidung unaufhaltsam wurde. (*Süddeutsche Zeitung*)

■

Die Bilanz des Helmut Kohl, nicht nur, seit er im Sommer 1973 die Rolle des Parteivorsitzenden übernahm, nimmt sich gar nicht so schlecht aus. Und das, obwohl Vorgänger Barzel seine Stärke ganz anders als Kohl aus der Position des Fraktionschefs bezogen hatte. Kohl liebt es, auf die Serie der neun Landtagswahlen zu pochen; auf das offensichtlich gelungene Kunststück, nicht nur davon zu reden, die CDU sei eine „moderne“ Partei, sondern sie von einem fähigen Management umkrepeln zu lassen. Kohls Aufstieg enthält wenig brüchige Stellen; und tatsächlich hat er bis zuletzt auch im öffentlichen Kandidaten-Spiel die Figuren geschickt gesetzt. (*Stuttgarter Zeitung*)

■

Auch in der Münchner Lazarettstraße wird die Einsicht vorhanden sein, daß bei einer geschlossen für Kohl votierenden CDU ein Unions-Kandidat Strauß

niemals durchzuboxen ist. Wenn die CSU dennoch weiter an ihrem Vorschlag festhält und so Streit mit der CDU riskiert und damit Wahlkampfmunition für SPD und FDP liefert, so liegt der Grund hierfür sicherlich in dem Sachprogramm, das im Juni zwischen CSU und CDU verhandelt werden muß. Vermögensbildung und Mitbestimmung sind in den Schwesterparteien umstritten, und hier will und wird die CSU mit dem Trumpf „Kohl für Strauß“ einiges erreichen. Diese Taktik ist durchaus legitim. Aber die CSU sollte klar sehen, daß gerade Kohl als Schmidts Gegenspieler 1976 nur Chancen haben kann, wenn er aus dem CDU/CSU-Bruderkampf als Sieger und nicht als geschlagener Sieger hervorgeht. (*Münchner Merkur*)

Ein „Nein“ der CSU zu Kohls Kandidatur müßte die Union spalten und damit ihre Chancen im Bundeswahlkampf 1976 zunichte machen. Das weiß auch die CSU-Führung. Selbst wenn sie Strauß in der gemeinsamen Präsidialsitzung am 10. Juni als Kandidaten empfehlen sollte, so wäre darin wohl nur ein Gleichziehen aus optischen Gründen zu erblicken.

Doch wahrscheinlich wird die Münchener Profilpflege so weit nicht gehen. Das Mitspracherecht der CSU unterhalb der nun überschrittenen Kandidatenschwelle (also bei Mannschaftsaufstellung und Programm-Gestaltung) erscheint ohnehin ausreichend gesichert. Wem nützte es, wenn Strauß in ein aussichtsloses Duell mit Kohl geschickt würde? Weder ihm noch der CSU, schon gar nicht der Union. (*Ruhr-Nachrichten*)

Bei der Bundestagswahl im übernächsten Herbst werden die beiden großen

Gegenspieler Helmut Schmidt und Helmut Kohl heißen. Die im CDU-Bundesvorstand einstimmig zustande gekommene Nominierung des Parteivorsitzenden als Kanzlerkandidat der Union ist wohl die eigentliche Entscheidung in dieser nun schon seit vielen Monaten selbstquälerisch betriebenen Kürübung. Was noch kommt, stellt eher die notarielle Bestätigung dar. Denn dem Votum der weitaus stärkeren Schwesterpartei wird sich die CSU nicht widersetzen, es sei denn, sie riskiert einen Bruch. Aber beide Parteien wissen genau, daß sie, wenn überhaupt, nur geschlossen eine Chance besitzen, die linksliberale Koalition in Bonn aus den Angeln zu heben. (*Rheinische Post*)

Solange Strauß mehrere CDU-Kandidaten gegeneinander ausspielen konnte, bestand eine recht gute Aussicht, den Einfluß des Bayern zu stärken. Diese Chance ist nun stark vermindert worden. Die CDU geht mit einem Vorsitzenden in die Gespräche, der die größere Partei einmütig hinter sich hat. Er braucht sich keinem Diktat zu beugen, weder in Programmfragen noch was die Mannschaft angeht. Franz Josef Strauß wird in einer künftigen CDU/CSU-Mannschaft eine gewichtige Rolle spielen, aber beherrschen wird er sie nicht.

Das müssen auch SPD und FDP einsehen, die, weil sie ungenügend auf den bewährten Buhmann Strauß verzichten wollen, immer noch so tun, als sei Kohl nur eine Marionette des Bayern. Das ist er nicht. Kohl hat sich vielmehr in einem langfristig angelegten und zielstrebig durchgehaltenen Feldzug als eigenständige Kraft erwiesen. Strauß und Stoltenberg haben den Mann aus Rheinland-Pfalz unterschätzt. (*Westdeutsche Allgemeine Zeitung*)

## ■ BUNDESTAG

# SPD/FDP-Inflationspolitik gefährdet Wohnungswirtschaft

**Der Deutsche Bundestag hat am 15. Mai 1975 in einer wohnungspolitischen Grundsatzdebatte versucht, die künftigen Ziele und Aufgaben der Wohnungsbaupolitik neu zu bestimmen und aus den geänderten wirtschaftlichen, strukturellen und demoskopischen Rahmenbedingungen notwendige Konsequenzen zu ziehen. Daß diese überfällige Aussprache geführt werden konnte, ist das Verdienst der Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag.**

**S**ie hat mit einer Großen Anfrage vom 18. Dezember 1974 (Drucksache 7/3002) Bewegung in die wohnungsbaupolitische Diskussion gebracht und den Fatalismus der Bundesregierung auf diesem Gebiet überwunden. Grundlage der Aussprache war die Antwort, die die Bundesregierung erst am 17. April 1975 auf diese Große Anfrage gegeben hat (Drucksache 7/3523).

Die Bau- und Wohnungswirtschaft befindet sich in der schwierigsten Phase der Nachkriegszeit. Die sektorale Krise in dem wichtigsten Gewerbebezweig der gesamten Volkswirtschaft droht in eine gesamtwirtschaftliche Krise umzuschlagen, wenn nicht umgehend Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Die gegenwärtige Situation ist durch folgende Sachverhalte gekennzeichnet: Der Grundbedarf an Wohnungen ist gesättigt. Doch besteht immer noch regional

und für bestimmte Gruppen der Bevölkerung Mangel an preisgünstigen Wohnungen. Andererseits liegen nach realistischen Schätzungen derzeit mindestens 300 000 leerstehende Wohnungen auf Halde, die infolge der hohen Kosten unvermietbar oder unverkäuflich sind. Die Bundesregierung ist für die eingetretene Entwicklung in hohem Maße verantwortlich. Durch eine ungezügelter Inflationspolitik wurde zunächst die Flucht in das „Betongeld“ angeheizt, während anschließend durch eine Übersteuerung der globalen Restriktionspolitik der sich bereits abzeichnende Abschwung in der Bau- und Wohnungswirtschaft beschleunigt und über das für einen mittelfristigen Bedarf erforderliche Ausmaß hinaus vorangetrieben wurde.

Auch ihre Antwort auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion vom 17. April 1975 ist, wie sich aus der Erklärung des Wohnungsbauexperten der CDU/CSU-Fraktion, MdB Dr. Oscar Schneider, ergibt, keine geeignete Grundlage, um die Ziele und Aufgaben der Wohnungsbaupolitik neu zu bestimmen.

① Die Antwort der Bundesregierung ist ein Dokument ihrer Zerstrittenheit, Konzeptions- und Hilflosigkeit. Sie hat keine Antwort auf die zentralen wohnungspolitischen Fragen;

— auf welche Weise der Konjunktur-einbruch in die Bauwirtschaft überwunden und langfristig die notwendige Verstärkung der Bautätigkeit erreicht werden soll,

— durch welche Maßnahmen die von dem Konjunkturereinbruch überlagerte Struktur- und Absatzkrise der Bau- und Wohnungswirtschaft überwunden und insbesondere die Halde unverkäuflicher und unvermietbarer Wohnungen abgebaut werden kann,

— durch welche Möglichkeiten die langfristigen Finanzierungsprobleme im Wohnungsbau gelöst werden können,

— von welchem Verhältnis zwischen dem Neubau und der Modernisierung von Wohnungen sie ausgeht,

— nach welchen Grundsätzen die wünschenswerte Verzahnung von Objekt- und Wohngeldförderung erreicht werden soll.

② Die Bau- und Wohnungswirtschaft befindet sich in der schwierigsten Phase der Nachkriegszeit. Die von der Bundesregierung prophezeite Tendenzwende in dem größten Zweig der gesamten Volkswirtschaft und ein Greifen der konjunkturellen Stützungsmaßnahmen auf dem Bausektor sind leider nicht erkennbar. So hat zwar gegenüber dem Februar 1975 die absolute Zahl der Arbeitslosen im Bauhauptgewerbe von 216 185 leicht auf 184 271 im März abgenommen. Prozentual lag die Arbeitslosenquote im Januar 1975 aber um 75,4 %, im Februar um 85,1 % und im März um 96,4 % über der des Vergleichsmonats 1974.

③ Hauptursache des Produktionsrückgangs im Baugeerbe ist der Einbruch im Wohnungsbau, wo sich die Baunachfrage 1974 gegenüber 1973 fast halbiert hat. Hier drückt mit steigender Tendenz eine Halde von mindestens 300 000 leerstehenden oder im Bau steckengebliebenen Wohnungen und Bauruinen auf den Markt. Keine Volkswirtschaft kann es sich leisten, insoweit ein Kapital von 40 bis 50 Milliarden DM mit jährlichen

Zinsverlusten von 4 bis 5 Milliarden DM und in Bauvorratsland noch einmal von mindestens 15 bis 18 Milliarden DM brachliegen zu lassen.

④ Die dauerhafte Gesundung der Bau- und Wohnungswirtschaft ist ohne Überwindung ihrer akuten Konjunktur-, Anpassungs- und Absatzkrise ausgeschlossen. Voraussetzung dazu ist in erster Linie, daß kurzfristig die Wohnungshalde abgebaut und die langfristige Finanzierung durch den Realkredit gesichert wird.

Dies macht eine enge Zusammenarbeit zwischen der Wohnungswirtschaft, der Kreditwirtschaft und der öffentlichen Hand erforderlich. An öffentlichen Maßnahmen kommen in Frage:

- Bewilligung von Kaufhilfen,
- Erweiterung der 7-b-Abschreibung,
- Wegfall der Grunderwerbsteuer,
- Erweiterung des Schuldzinsenabzugs,
- verstärkte Umwidmung von Eigentumswohnungen in Sozialwohnungen.

⑤ Der „Sturzflug“ der Bau- und Wohnungswirtschaft, den Bundesminister Ravens bereits im Dezember 1974 verhindert sah, wird zum sozialen Ärgernis angesichts der Tatsache, daß

— trotz des Wohnungsüberhangs für sozial schwache Bevölkerungsgruppen immer noch akuter Mangel an qualitativ und preislich angemessenem Wohnraum herrscht,

— im sozialen Wohnungsbau durch ein überholtes Förderungssystem Mietsteigerungen vorprogrammiert sind, die die zumutbare Belastungsgrenze bei weitem überschreiten,

— die notwendige Anpassung der Wohngeldleistungen an die Wohnkostensteigerung auf Grund der Haushaltslage ab 1976 keineswegs gesichert ist.

## ■ KOALITION

### Juso-Chef verschwand mit 5 000 Mark

Seit Tagen verschwunden ist der Juso-Chef von Ludwigshafen-Land, Karl-Heinz Reis (28). 5 000 Mark aus der Kasse des „Rings politischer Jugend“ (Dachvereinigung der Jugendorganisationen) nahm er mit. Der arbeitslose Juso hatte einen Verrechnungsscheck über die Summe von der Kreisverwaltung bekommen. Er ließ die 5 000 Mark zunächst auf dem Konto gutschreiben, hob sie dann aber in mehreren Teilbeträgen wieder ab. Die SPD hat gegen ihn Anzeige wegen Unterschlagung erstattet.

### CDU und FDP wollen Solingens OB „stürzen“

Gemeinsam mit der CDU wollen die Freien Demokraten in Solingen die bisherige Oberbürgermeisterin Elisabeth Rook (SPD) durch den CDU-Spitzenkandidaten der Klingensteinadt, Otto Voos, ablösen. Bereits seit eineinhalb Jahren koalitiert die FDP in Solingen mit der CDU, weil sich ein Teil der Sozialdemokraten nach Ansicht der Liberalen nicht an ein Abkommen gehalten hat.

### Verhetzung der Jugend

Ein neuer Fall von sozialistischer Schüler-Indoktrination ist die Plakatausstellung der sozialdemokratischen Schülergruppe am Zwischenahner Gymnasium mit Hetzplakaten des Heidelberger Graphikers und SPD-Mitgliedees Klaus Staek, der bereits kürzlich mit seiner Ausstellung in London Bundesaußenminister Genscher in Verlegenheit brachte. Da wird die CDU graphisch mit

der NPD gleichgesetzt, da wird das CDU-Postulat „Recht auf freie Entfaltung“ in eine grausige Unfallszene gesetzt, da wird Strauß messerwetzend in Schlachtermütze gezeigt. Daß hier bereits Kindern die Lust am politischen Tiefschlag eingepflegt wird, will Schulleiter Dr. Helge Volgt nicht wahrhaben. Der „Nordwest-Zeitung“ zufolge meinte er beschwichtigend, es sei die Eigenart der Jugend, etwas über das Ziel hinauszuschießen, und es sei nicht das Recht des Lehrers, sich eine Zensur anzumaßen.

Einer der Studienräte des Gymnasiums ist da anderer Meinung: „Vor solchen Plakaten fühlt man sich an die Bilder mit der ‚Polensau‘ aus der Nazizeit erinnert“, meinte er. Die CDU-Ratsherren der Gemeinde sehen in der Ausstellung „eine ungeheure Provokation und ein neuerliches Beispiel für Polit-Hetze im Freiraum Schule“.

### SPD: Es darf nur nicht rauskommen

Als eine „Demaskierung der eigentlichen Position der südhessischen SPD“ gegenüber Kommunisten sieht die CDU-Fraktion im hessischen Landtag die Auffassung einer Schiedskommission dieses Parteibezirkes an, die Unterstützung des revolutionären „kommunistischen Bundes Westdeutschland“ (KBW) verstoße nicht „gegen die Grundsätze oder die Ordnung“ der SPD.

Der Oppositionsführer im hessischen Landesparlament, Gottfried Milde, verwies auf den Fall eines als SPD-Repräsentant bekannten Lehrers aus Darmstadt, der vor der hessischen Landtagswahl einen Wahlauftrag des eindeutig verfassungsfeindlichen kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) unterzeichnet habe. Die Schiedskom-

mission des SPD-Unterbezirkes Darmstadt-Stadt habe dem KBW-Sympathisanten im Dezember des vergangenen Jahres die Mitgliedschaft in der SPD zwar abgesprochen, diese Entscheidung sei jedoch von der Schiedskommission 2 des SPD-Unterbezirkes Hessen-Süd wieder aufgehoben worden.

Entlarvend sei die Begründung, in der es heiÙe, das Parteimitglied habe nicht „gegen die Grundsätze oder die Ordnung der Partei“ verstoÙen. Nur das öffentliche Bekanntwerden dieser Tat habe für die SPD Schaden herbeigeführt. Das „ausgesprochen leichtfertige Verhalten des Lehrers“ habe die Schiedskommission nur darin erblickt, daß er nicht damit gerechnet habe, daß seine Unterschrift erfolgreich von der CDU gegen die SPD ausgeschlachtet werden konnte.

## Koalitionskrach über Mitbestimmung

Gewitterwolken türmte Genscher in der Koalition mit seinen Grundsatz-Erklärungen zur Mitbestimmung: „Für uns ist die Mitbestimmung ein Individualrecht des einzelnen und nicht ein Organisationsrecht.“ Das bedeute, daß die FDP mehr Rechte für den einzelnen Arbeitnehmer, aber „nicht mehr Rechte für Funktionäre“ wolle. Er nannte drei Forderungen: 1. Die Funktionsfähigkeit der Unternehmen muß erhalten bleiben. 2. Sicherung der Rechte des einzelnen Arbeitnehmers auch im Wahlverfahren. 3. Ausschaltung verfassungsrechtlicher Risiken.

FDP-MdB Graf Lambsdorff, von „Bild“ auf die Kritik des DGB an der FDP angesprochen, antwortete: „Die überrascht mich nicht. Aber die Gesetze werden im Parlament gemacht und nicht von den Gewerkschaften. Wünsche, die mit

der Verfassung nicht übereinstimmen, kann das Parlament nicht berücksichtigen.“ Und auf die Frage, wann die Mitbestimmung komme: „Wenn die SPD der Meinung wäre, es könne nur eine Mitbestimmung nach DGB- und SPD-Vorstellungen oder gar keine Mitbestimmung geben, dann wird es keine Mitbestimmung geben.“

## Zwist in der SPD wegen „Praxis der Berufsverbote“

Seine „schwerwiegenden Bedenken“ gegen den sogenannten Radikalenerlaß und die „Praxis der Berufsverbote“ hat der Bundesvorstand der Jungsozialisten dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Schmidt, vorgetragen. Kein Zufall dürfte das zeitliche Zusammenfallen dieses Schrittes mit dem großen Zwist innerhalb der hessischen SPD sein, der wegen der Ankündigung des neuen hessischen Kultusministers Hans Krollmann (SPD) entbrannt ist, künftig könnte kein Kommunist mehr in Hessen Lehrer werden.

## Steffen: „Schweinemäßige Lokalpresse . . .“

Blamiert hat sich in der Polit-Sex-Po-stille „das da“ der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende Jochen Steffen mit der Bemerkung: „Klaus Mathiesen, ein bärtiger junger Mann, von einer schweinemäßigen Lokalpresse als Klein-Doofie verkauft, war bei dem Wahlbürger durch und durch respektvoll anerkannt . . .“ Aber das ging selbst Steffens Schützling über die Hutschnur. SPD-Oppositionsführer Matthiesen erklärte: „Ich habe mit wenigen bedenklichen Ausnahmen keine Berichterstattung gesehen, die eine solche pauschale Kennzeichnung . . . zuläßt.“

## ■ FORSCHUNGSPOLITIK

# Koalition bekehrt sich zu den Zielen der Union

**Geht es um die Zielsetzung der deutschen Forschungspolitik, so hat die SPD/FDP-Bundesregierung einen bemerkenswerten Gesinnungswandel vollzogen. Nicht anders kann der Forschungsbericht V verstanden werden, den Bundesminister Matthöfer dem Deutschen Bundestag vorgelegt hat. Dies trifft allerdings nicht auf die Methode zu, mit denen diese Ziele erreicht werden sollen.**

Die CDU/CSU, so stellt der Bundestagsabgeordnete Christian Lenzer fest, begrüßt die im Forschungsbericht V zum Ausdruck gebrachte Zielsetzung der Forschungspolitik. Bemerkenswert hierbei ist, mit welcher Unbeschwertheit der neue Forschungsminister Ziele verkündet, die seine sozialdemokratischen Vorgänger bezweifelten und für die die CDU/CSU in den letzten Jahren beschimpft wurde. Während im vorhergehenden Forschungsbericht IV der Bundesregierung noch sozialistisch gefärbtes Vokabular und utopische Reformideen Eingang fanden, zeichnet sich der neue Forschungsbericht durch einen Mut zur Wahrheit aus in bezug auf die zu verfolgenden Ziele.

Während die sozialdemokratischen Vorgänger des jetzigen Ministers sich darin gefielen, mit wolkigen Begriffen wie „gesellschaftlicher Bedarf“ und „Neuorientierung“ zu operieren, wird nunmehr frei zugestanden, daß die For-

schung zur Sicherung der Arbeitsplätze der Zukunft beizutragen hat. Was die zu verfolgenden Ziele anbetrifft, die im Forschungsbericht V angegeben werden, kann die Bundesregierung auf die Unterstützung der Opposition rechnen. Etwas anderes ist aber die Methode, mit der die Bundesregierung versucht, die gesteckten Ziele zu erreichen. In diesem Punkt wimmelt es im Forschungsbericht V nur von unausgegorenen Vorstellungen oder es fehlen wichtige methodische Ansätze. Dazu Dr. Stavenhagen:

Hatte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage von SPD und FDP die Hauptaufgabe ihrer Forschungspolitik noch darin gesehen, den Bedarf der Gesellschaft zur Geltung zu bringen — Leerformel für die einen, Ansatzhebel zu staatlicher Gängelung von Wissenschaft und Forschung für die anderen — so lauten ihre Ziele jetzt:

- die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhalten und auszubauen,
- die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bürger zu verbessern,
- unsere wissenschaftliche Leistungsfähigkeit zu steigern.

Die Opposition hat diese Ziele stets vertreten und begrüßt, daß ihr die Regierung auf diesem Wege jetzt zu folgen scheint.

Der Satz: „Die Förderung der Wissenschaft beruht auf der Grundlage der

Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre“ hebt sich wohltuend von früheren Äußerungen aus dem Forschungsministerium ab, wie z. B.: „Die staatliche Forschungsförderung wird zunehmend mehr zur veränderungsgerichteten gesellschaftspolitischen Zukunftsgestaltung eingesetzt werden.“

Die im Forschungsbericht V erwähnte Förderung der Industrieforschung in ihrer heutigen Ausprägung benachteiligt eindeutig die kleinen und mittleren Unternehmen, obwohl gerade von dort wichtige Innovationsimpulse ausgehen. Eine Verbesserung dieser Situation kann erreicht werden durch ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen direkter und indirekter Förderung. Dies stärkt auch die marktwirtschaftliche Komponente, hilft strukturelle Fehlentwicklungen zu verhindern und erleichtert der Klein- und Mittelindustrie den Zugang. Im Abschnitt „Organisation und Personal“ verschweigt der Forschungsbericht die Probleme, die aus der geringen Flexibilität des Institutsbetriebs entstehen. Ein Weg, wie Spielraum für neue Aufgaben bei enger werdendem Rahmen geschaffen werden kann, wird nicht gewiesen.

## Öffentliche Meinungsbildung bis heute nicht geglückt

Der Abschnitt „Forschungspolitische Planung“ läßt unerwähnt, daß die angestrebte breite öffentliche Meinungs- und Willensbildung in der Forschungspolitik bis heute nicht geglückt ist, daß dem Dickicht von Beratergremien beim Forschungsminister jegliche Transparenz fehlt. Bei dem erst nach massivem Drängen des Haushaltsausschusses vorgelegten Konzept zur Koordinierung der Ressortforschung fällt auf, daß die Koordinierung auf die Administration

beschränkt bleibt. Da viele Projekte jedoch Dimensionen erreichen, die erhebliche industrie- und strukturpolitische Wirkung haben, sollte auch eine koordinierte Willensbildung im Kabinett sichergestellt sein.

Im Abschnitt „Internationale Zusammenarbeit“ wird zugegeben, daß wir über erste Ansätze für eine gemeinsame Forschungspolitik noch nicht hinausgekommen sind, Einzelne Initiativen werden geschildert, ein Konzept für eine europäische Koordinierung fehlt — vielleicht ist dieser Anspruch auch zu hoch.

Der Forschungsbericht V beschreibt die zahlreichen staatlichen Aktivitäten im Bereich der Forschung und bietet insbesondere in seinem Faktenteil aufschlußreiche Informationen und Details. Ihm fehlt eine aus der Analyse der gegenwärtigen Situation resultierende Strategie für die staatliche Forschungsförderung.

Unsere gegenwärtige Situation ist gekennzeichnet durch

- einen Verlust der früheren Führungsposition deutscher Forschung,
- einen Verlust der Führungsposition der deutschen Industrie in einzelnen Bereichen,
- zunehmende Forschungsmüdigkeit, besonders in der Klein- und Mittelindustrie,
- Verzettelung staatlicher Förderung auf zu viele Projekte ohne klare Prioritäten,
- unzureichende Konsensbildung mit der Öffentlichkeit, da harte Zielsetzungen nicht gewagt werden.

Aufgabe zukünftiger Forschungspolitik ist es, diese Mängel zu überwinden. Hier ist der Forschungsbericht V viele Antworten schuldig geblieben.

## ■ FAMILIENBERICHT

# Bundesregierung ohne familienpolitisches Konzept

**Die familienpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung stoßen zunehmend auf Kritik. Nicht anders kann der Zweite Familienbericht (Bundestagsdrucksache 7/3502) verstanden werden, der am 24. April 1975 im Bundestag vorgelegt wurde und in dem eine unabhängige Sachverständigenkommission zu dem Ergebnis kommt, daß die Bundesregierung nicht über ein ausgewogenes familienpolitisches Konzept verfügt. Die SPD/FDP-Bundesregierung mußte diesen Bericht vorlegen, da 1965 der Deutsche Bundestag in einem Beschluß jeder Regierung die Auflage gemacht hatte, in regelmäßigen Abständen über die Lage der Familien in der Bundesrepublik zu berichten.**

Ihre familienpolitischen Maßnahmen sind nicht aufeinander abgestimmte, oft in Hast eingeleitete Einzelmaßnahmen. Die SPD/FDP-Koalition ersetze „Mängelbeseitigung“ durch „Mängelverlagerung“, so nennt es Dr. Helga Wex, Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die unabhängigen Sachverständigen stellen fest, daß Familie als Institution durch nichts ersetzbar ist. Sie ist nach wie vor die am besten geeignete Gemeinschaft zur Erziehung der Kinder. Die Qualität unserer Gesellschaft hängt entscheidend von der Qualität unserer

Familien ab. Deshalb ist es so ganz besonders wichtig, die Familie in ihren Aufgaben zu unterstützen, da, wo sie aus eigener Kraft nicht oder nicht mehr dazu fähig ist. Die Bundesregierung hingegen will die Familie von Funktionen entlasten. Sie leitet Maßnahmen ein, die Funktionen von der Familie abzulösen, um sie außerhalb der Familie neu anzusiedeln.

So kritisieren die Wissenschaftler das Modell „Tagesmütter“ der Bundesregierung als hastige Maßnahme, deren Folge nicht bedacht und das dem Anspruch zur frühkindlichen Sozialisation beizutragen, nicht genüge.

Die Kommission spricht sich für die Einführung des von der CDU/CSU geforderten Erziehungsgeldes aus. Sie bestätigt die von der CDU/CSU daran geknüpften Zielvorstellungen: die Anerkennung der Erziehungsleistung sowie die Befreiung von Zwängen der Berufsausübung aus wirtschaftlichen Gründen. Dennoch lehnt die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme zum Familienbericht das Erziehungsgeld ab. Sie zieht sich darauf zurück, daß es z. Z. noch keine ausreichenden wissenschaftlichen Erkenntnisse gäbe.

Diese Ablehnung des Erziehungsgeldes macht erneut deutlich, daß es der Bundesregierung nicht darum geht, die Voraussetzungen zu schaffen, die Familien gemäß ihrer Bedeutung für die Gesellschaft zu unterstützen. Für sie stehen Familie und Gesellschaft im Gegensatz.

## ■ KOMMISSIONEN

### **Unternehmensrecht: Jetzt Anhörungen von Sachverständigen**

**Die Beratungen der Unternehmensrechtskommission der CDU unter ihren Vorsitzenden, CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf und Hans Katzer, sind in ihrem ersten Abschnitt abgeschlossen. Die Unternehmensrechtskommission war auf Grund eines Beschlusses des Hamburger Parteitages vom November 1973 eingesetzt worden.**

Der erste Abschnitt der Beratungen der Unternehmensrechtskommission war der Vertiefung und Konkretisierung der vom Parteitag in Auftrag gegebenen Fragestellungen und der Vorbereitung von Anhörungen und Gesprächen mit Sachverständigen gewidmet. Im Mittelpunkt standen die vom Hamburger Parteitagsbeschuß zum Unternehmensrecht formulierten Thesen:

- Partnerschaftliche Stellung der Arbeitnehmer im Unternehmen,
- Vermögensbildung und Miteigentum in Arbeitnehmerhand,
- Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betriebsrat und im Aufsichtsrat.

Zur Vermögensbildung hatte die CDU auf ihrem Hamburger Parteitag beschlossen, daß das Privateigentum allen Bürgern dienen muß. Es ist ein Grundpfeiler und ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal der sozialen Marktwirtschaft gegenüber anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen. Daher haben Verstaatlichung und Vergesellschaft-

ung in der Vermögensbildungspolitik der CDU keinen Platz. Privates Eigentum kann aber auf die Dauer nur garantiert werden, wenn es sich auf alle Kreise der Bevölkerung möglichst gleichmäßig verteilt und alle die gleichen Chancen des Zugangs zu den verschiedenen Formen des Eigentums haben.

Mit der ersten Anhörung von Sachverständigen am 25./26. April 1975 tritt die Unternehmensrechtskommission der CDU in den zweiten Abschnitt ihrer Beratungen ein. Im Vordergrund stehen Fragen der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand im Rahmen des Unternehmensrechts. An der ersten Anhörung werden folgende Sachverständige teilnehmen: Dr. H. J. Baumann, Vorstand der DEGUSSA AG, Frankfurt; Rechtsanwalt Eduard Dobroschke, München; Prof. Dr. Wolfram Engels, Universität Frankfurt; Dr. Kurt Falthäuser MdL, München; Prof. Dr. Eduard Gaugler, Universität Mannheim; Prof. Dr. Norbert Horn, Universität Bielefeld.

Weitere Sachverständigen-Anhörungen zum Thema Vermögensbildung, Beteiligung breiter Schichten der Bevölkerung an der Unternehmensfinanzierung und Arbeitnehmerbeteiligungen sind vorgesehen. Dabei wird die Kommission auch der Entwicklung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft besondere Aufmerksamkeit widmen und so dem Gesichtspunkt einer möglichst weitreichenden Rechtsangleichung Rechnung tragen.

Nach den Anhörungen von Sachverständigen wird die Kommission in weiteren Beratungen ihre Empfehlungen formulieren. Die Vorlage des Abschlußberichts über die Kommissionsarbeit ist für das Frühjahr 1976 geplant. Der Abschlußbericht wird Grundlage weiterer politischer Entscheidungen im Bereich des Unternehmensrechts durch die CDU sein.

## ■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

# „Zur Wirklichkeit in der DDR“

**Die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Referat Deutschlandpolitik, hat sechs Informationsschriften über die Realität des konkreten Sozialismus erstellt. Schriften, die rücksichtslos und offen auf die Wunden des Sozialismus hinweisen sowie die Hintergründe der „neuen deutschen Ostpolitik“ darlegen.**

**W**er eine Nation sein will, muß wissen, wie es in ihren Grenzen aussieht. Sechs Deutschlandpolitische Broschüren informieren über die Deutschlandpolitik der SPD/FDP-Regierung sowie die Wirklichkeit in der DDR:

**„... Die Partei hat immer recht — Wirklichkeit in der DDR.“**

Verfassungsrecht und Wirklichkeit in der DDR. In dieser Broschüre wird der Beweis erbracht, daß in der DDR das Recht ausschließlich parteipolitischen Zweckcharakter hat. Recht in der DDR ist, was der SED nützt.

**„Leistung hoch — Erfolg mäßig — Wirtschaft in der DDR.“**

In dieser sehr informativen Schrift wird für jeden verständlich die Ineffektivität der sozialistischen Planwirtschaft dargestellt, die trotz der großen Arbeitsanstrengungen unserer Mitbürger in der DDR noch zunimmt. (Überdies enthält die Schrift in einem Frage-Antwort-Ka-

talog sehr wirksame Argumente zur Diskussion mit Kommunisten.)

**„... Frauen in der DDR — Propaganda und Wirklichkeit.“**

**„Erziehung zum Haß — Jugend in der DDR.“**

Die systematische Haßerziehung der jungen Generation in der DDR. Von der Kinderkrippe bis zur Universität sollen die DDR-Jugendlichen zu sozialistischen Persönlichkeiten geformt werden. Dennoch gibt es Widerstand!

**„Faltblatt mit Tips für die Reise in die DDR.“**

Es enthält Argumente zur Diskussion mit Kommunisten.

**„... Weder Frieden noch Freiheit — Bilanz der neuen Ostpolitik in Dokumenten.“**

In einer rücksichtslosen Abrechnung zeigt diese Schrift die Hintergründe der SPD/FDP-Ostpolitik auf. Hier wird deutlich, wie die SPD-Ostpolitik zu einem Instrument der sowjetischen Westpolitik wurde.

Die Broschüren sind kostenlos zu beziehen über die

**CDU-Bundesgeschäftsstelle,  
Abt. Öffentlichkeitsarbeit,  
53 Bonn,  
Konrad-Adenauer-Haus.**

## ■ ZITAT

### Der Mord von Köln

**Den jüngsten Polizistenmord durch Terroristen kommentierte der Chefredakteur der SPD-nahen Neuen Rhein-Zeitung, Jens Feddersen, am 10. Mai 1975:**

*Köln, ein neues Glied in der langen Kette der Baader-Meinhof-Brutalitäten: Wieder haben Terroristen gemordet, wieder starb ein Polizist.*

*Dreierlei muß festgestellt werden:*

*1. Die heutigen Terroristen sind durchweg alte Bekannte der Polizei, der Staatsschutzbehörden und der Justiz.*

*2. Ob jetzt in Köln oder kürzlich in Berlin und in Hamburg, gefaßt wurden junge Terroristen, denen unser Staat mit zuviel Toleranz und mit unbegreiflicher Vertrauensseligkeit entgegengetreten war.*

*3. Im Kampf gegen den Terrorismus sind die gesetzlichen Möglichkeiten nur ungenügend genutzt worden.*

*Die Lebensläufe der Terroristen zeigen, daß sie „Urlaub auf Ehrenwort“ hatten, ihre Strafen oft nicht anzutreten brauchten, auf Bewährung freigelassen wurden, geringfügige Jugendstrafen erhielten, ja sogar entlassen wurden, um ihr Abitur noch machen zu können.*

### Anschrift:

*Sie alle, die „netten Jungs“ und die „schicken Mädchen“ aus der Zeit der APO, flüchteten in den Untergrund und hatten und haben ihre Sympathisanten in der kommunistisch-intellektuellen Grauzone der Universitäten.*

*Wer seinerzeit und immer wieder das Übermaß an Toleranz geißelte, wurde in die rechteste Ecke der Reaktion gestellt; wer damals vor allzuviel Liberalität warnte, mußte sich als Reformfeind beschimpfen lassen.*

*Die notwendigen Lernprozesse wurden nur zögernd vollzogen. Noch vor ein paar Wochen konnte unwidersprochen behauptet werden, die führenden Männer der politischen Opposition unseres Landes seien ebenso gefährlich wie die schießenden Terroristen.*

*Der Mord von Köln muß uns erneut bewußt machen, daß in der bundesweiten Terroristen-Szene Ursache und Wirkung nicht zu trennen sind. Der Terrorismus hat seine geistigen Wurzeln. Sie wurden jahrelang gut bewässert.*

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 193 795. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

# UjD